
Antrag

der AfD-Fraktion auf Annahme einer Entschließung

35 Jahre Deutsche Einheit

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der 3. Oktober war einer der glücklichsten Momente der deutschen Geschichte. Deutschland wurde nach vielen bitteren Jahren der Teilung endlich wieder vereint. Gerade wir in Berlin haben allen Anlass, uns über diesen Tag zu freuen, denn er führte dazu, dass auch unsere Stadt nach Jahren der Trennung und des Schießbefehls an der Berliner Mauer zu einer Einheit wurde.

Die historische Entwicklung, die diesem historischen Weltereignis zugrunde lag, begann mit den Oppositionsbewegungen in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Polen. Immer wieder haben dort mutige Menschen gegen ein diktatorisches System aufbegehrt und unter großen Opfern deutlich gemacht, dass sie nicht klaglos hinnehmen wollten, dass man ihnen die Freiheit der Meinung und des Reisens vorenthält. Sie wollten selbst darüber bestimmen, wie ihre Gesellschaft aussehen und funktionieren sollte. Sie wollten diese Entscheidungen nicht allmächtigen Partei- und Staatsapparaten überlassen.

In der ehemaligen DDR gab es ebenso eine Oppositionsbewegung, die sich auch in den bleiernen Mauerjahren nicht einschüchtern ließ. Trotz einer Gesellschaft, die vom Überwachungssystem der Staatssicherheit durchdrungen war, gaben diese Frauen und Männer die Hoffnung auf eine Änderung der Gesellschaft nicht auf. Diese Opposition wurde immer stärker und ermuntert durch die wachsenden Widersprüche in der ehemaligen DDR und durch Reformgedanken in der Sowjetunion wurde sie zu einer Bewegung, die große Teile der Bevölkerung mitnahm. Nach den Fluchtbewegungen nach Prag und Budapest war die Partei- und Staatsführung am Ende. Immer mehr Menschen beehrten und verlangten eine Veränderung, die schließlich als Friedliche Revolution in die Geschichtsbücher Eingang gefunden hat.

Die rasanten Entwicklungen in Sachen demokratischer Teilhabe führten dann zu den ersten freien Wahlen in der DDR, deren Ergebnis eindeutig danach rief, die Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland durch Eintritt nach dem Grundgesetz zu ermöglichen. Der 3. Oktober war dieser Tag, der in Berlin mit einem großen Bürgerfest im Herzen der Stadt begangen wurde.

Als ‚Feiertag nach Aktenlage‘ blieb der 3. Oktober allerdings an Strahlkraft weit hinter dem 9. November 1989, dem Tag des Mauerfalls, zurück. Auch in den Erinnerungen der Berliner hat der 3. Oktober 1990 eine weitaus geringere Bedeutung als der November 1989. Deswegen wird der 3. Oktober auch in Zukunft eng mit der Erinnerung an den Mauerfall und die Friedliche Revolution verbunden bleiben. Ebenso bleibt der 3. Oktober eng mit der Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 verbunden, war doch der Volksaufstand von 1953 ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur deutschen Wiedervereinigung. Denn obwohl er nicht erfolgreich war, verankerte er im Bewusstsein des deutschen Volkes die Hoffnung, den Sozialismus und die deutsche Teilung eines Tages überwinden zu können. Er bildete insofern den Ausgangspunkt für die Friedliche Revolution 36 Jahre später.

Deswegen bekräftigt das Abgeordnetenhaus seine Entschlossenheit, die Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wachzuhalten. Das Abgeordnetenhaus unterstützt den Senat, den Bezirk Steglitz-Zehlendorf, den Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Vereinigung 17. Juni 1953 e. V. bei ihren Bemühungen, die Gedenkstätte an der Potsdamer Chaussee für den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 aufzuwerten und sichtbarer zu machen.

Der Tag der Deutschen Einheit erinnert uns darüber hinaus daran, dass die Aufarbeitung der Kommunistischen Diktatur noch längst nicht abgeschlossen ist. Die Auflösung des Forschungsverbunds SED-Staat an der Freien Universität Berlin Ende 2024 hat eine schmerzliche Lücke bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie bei der Ausbildung von wissenschaftlichem und pädagogischem Personal in diesem Bereich gerissen. Das Abgeordnetenhaus bekräftigt daher seinen Beschluss v. 9. Februar 2023 („Campus für Demokratie mit dem Bund gemeinsam weiterentwickeln“ Drs. 19/0864), wonach u. a. „eine wissenschaftliche Einrichtung der Berliner Universitäten mit zeitgeschichtlichem Bezug, z. B. ein Institut für Kommunismusforschung“ auf dem ehemaligen Stasi-Gelände geplant werden soll.

Der 3. Oktober erinnert uns daran, dass die Freiheit immer wieder neu erkämpft werden muss. Er mahnt uns darüber hinaus, keine neuen Mauern zu errichten, die Teile unseres Volkes von der politischen Willensbildung ausschließen und so der Demokratie nachhaltigen Schaden zufügen.

Berlin, den 8. Oktober 2025

Dr. Brinker Wiedenhaupt Trefzer
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion